

Fußfessel im Land nicht auf der Agenda

Prävention Überwachung von Gewalttätern könnte für mehr Schutz sorgen. Trotzdem ist der Vorschlag umstritten.

Stuttgart. Immer wieder ignorieren Männer Annäherungsverbot, misshandeln ihre Partnerinnen und Ex-Partnerinnen oder bringen sie sogar um. Die elektronische Fußfessel, ein aus Sicht von Opferschützern wirksames Mittel gegen die Gefahr, ist im Gewaltschutzgesetz des Bundes in solchen Fällen nicht vorgesehen.

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum wir nicht den erfolgreichen Weg, den etwa Spanien eingeschlagen hat, auch hierzulande gehen“, betont der baden-württembergische Landeschef der Opferschutzorganisation Weißer Ring, Hartmut Grasmück. Zwar sehe das Gewaltschutzgesetz ein gerichtliches Annäherungsverbot vor, aber es müsse auch überwacht werden. Eine Fußfessel schlägt Alarm, wenn ein Täter sich einem gefährdeten Menschen nähert. Dann können sofort Schritte zum Schutz des Opfers unternommen werden, zudem erhöht die Kontrolle die Hemmschwelle für Annäherungen. In Deutschland sind 2022 laut Bundesinnenministerium 133 Frauen von ihren Partnern oder Ex-Partnern getötet worden. Auch 19 Männer verloren ihr Leben infolge von Partnerschaftskonflikten.

„Personell nicht umsetzbar“

Im baden-württembergischen Innenministerium steht das Thema nicht auf der Agenda. Ein Sprecher verweist auf ein ganzes Bündel bereits praktizierter Schutzmaßnahmen für Opfer häuslicher Gewalt wie Gefährderansprachen oder Deeskalationstraining. In jedem bekannt gewordenen Fall häuslicher Gewalt gebe es ein Gefährdungsmanagement.

Datenschützer wie auch die Polizei können sich nicht für den Vorschlag des Weißen Rings erwärmen. „Personell ist das nicht umsetzbar, wir sind bei der Polizeideichte bundesweites Schlusslicht, da können wir keine neuen Aufgaben übernehmen“, sagt der Landeschef der Gewerkschaft der Polizei, Gundram Lottmann. Zudem handle es sich bei häuslicher Gewalt meist um einfache Körperverletzung. Priorität müsse deshalb die im Polizeigesetz des Landes verankerte Überwachung rückfallgefährdeter Sexualstraftäter haben.

Der Weiße Ring versteht nicht, warum häusliche Gewalt als Grund für die Fußfessel-Maßnahme nicht ausreicht. „Nordrhein-Westfalen hat sein Polizeigesetz geändert, warum ist das hier nicht möglich?“, fragt Grasmück.

Die Grünen im baden-württembergischen Landtag stehen der Fessel nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. „Beinahe jeden Tag versucht in Deutschland ein Partner oder Ex-Partner, eine Frau zu töten“, sagt deren Innenexperte Oliver Hildenbrand. Der Schutz von Frauen vor Partnergewalt müsse deshalb intensiviert werden. *dpa*



In manchen Kliniken wird offenbar Druck auf Ärztinnen und Ärzte ausgeübt, damit sie sich für preiswerte medizinische Produkte entscheiden.

Billige Implantate im Einsatz?

Kliniken Private Krankenhäuser gelten als effizient. Doch zwei Ärzte kritisieren, mancherorts werde auch an der Qualität von medizinischem Material gespart. *Von Moritz Clauß*

Angenommen, ein Patient in einer privaten Klinik benötigt eine neue Herzklappe. Der Mann ist 50 Jahre alt, sein Arzt möchte ihm eine hochwertige, möglichst langlebige Klappe implantieren. Aber bekommt der Patient sie auch? „Der Einkauf hat praktisch immer bestimmt, welches Material man als Arzt nutzen durfte“, sagt ein Mediziner, der lange als Herzchirurg in einer Klinik gearbeitet hat. Der Mann, der anonym bleiben möchte, berichtet von großem Druck, den der Klinikkonzern auf die Ärztinnen und Ärzte ausgeübt habe. Nur selten hätten sie teure Implantate nutzen können: „Als Ärzte mussten wir immer sehr darum kämpfen.“

Die Preise für Herzklappen unterscheiden sich stark, sie beginnen in etwa bei 500 Euro, teurere Modelle liegen bei deutlich mehr als 2000 Euro. Da die meisten Klinik-Behandlungen bislang über Fallpauschalen abgerechnet werden, kann es sich für Krankenhäuser lohnen, bei der Auswahl der Medizinprodukte zu sparen.

„Es gibt in der Qualität des Materials aber Unterschiede“, sagt der Arzt: „Manche Herzklappen haben zum Beispiel eher schlechte Durchflusseigenschaften, andere halten nicht so lange.“ Einem 80-jährigen Patienten könne man eine „billige Schweineklappe“ implantieren, doch wenn der Patient 50 Jahre alt sei, „dann kämpft man als Arzt in so einer Klinik darum, dass er eine teurere Klappe bekommt, die länger hält.“

Auch bei Herzschrittmachern und anderen Produkten habe es in der Klinik diesen Kostendruck gegeben, sagt der Mediziner. „Für uns als Ärzte war das nicht schön, wir wollten die Patienten optimal

versorgen.“ Er habe auch Patienten gehabt, die sich gegen eine Operation in der privaten Klinik entschieden, erzählt der Mediziner: „Die hatten sich informiert und nachgelesen, welche Implantate es sonst noch gibt.“

Zu den in Baden-Württemberg vertretenen Klinikkonzernen und -verbänden zählen Sana und Helios. Beide Unternehmen schreiben auf Nachfrage, dass Wirtschaftlichkeit und Versorgungsqualität für sie zusammengehören. „Nur bei ausreichender Wirtschaftskraft kann auch in den medizinischen Fortschritt investiert werden“, teilt die Sana Kliniken AG mit. Helios erklärt, die Qualität der Behandlungen werde „flächendeckend und konsequent“ gemessen: „Wir tun dies seit mehr als 25 Jahren und optimieren so unsere Qualität, damit unsere Patient:innen bestmöglich und sicher behandelt werden.“

In ihren Antworten schreiben die Unternehmen auch, wie festgelegt wird, welche medizinischen Produkte die Krankenhäuser nutzen. Bei Sana entscheiden demnach medizinische Fachgruppen, „denen Chefärzte und leitende Ärzte der jeweiligen Fachdisziplinen angehören“, über die Auswahl von Herzklappen und anderen komplexen Medizinpro-

dukten. Bei Helios fallen solche Fachgruppen – gebildet von den leitenden Ärztinnen und Ärzten eines Fachgebiets – auch Entscheidungen über Medizintechnik und Arzneimittel. „Sie wählen ausschließlich nach dem medizinischen Nutzen für unsere Patient:innen aus“, heißt es in der Antwort der Klinik-Gruppe.

Aber können wirklich alle medizinischen Fachgruppen frei und nach Qualitätskriterien entscheiden? Einer, der das verneint, ist Dr. Thomas Strohschneider. Der

„Die einen sparen eher am Personal, die anderen eher am Material.“

Dr. Thomas Strohschneider
Arzt in Stuttgart

Stuttgarter Arzt hat selbst lange in einer privaten Klinik gearbeitet. Er erklärt: Management und Einkauf säßen oft vor allem „mit den von ihnen genehmten Ärzten“ zusammen, um darüber nachzudenken, welches Material von welchen Herstellern eingekauft werden solle. „Nach außen hin sieht das nach einem Mitsprache-

und Entscheidungsrecht der Ärzte aus, aber der Druck ist hoch, dass man sich für das kostengünstigere Produkt entscheiden muss, auch wenn klar ist, dass die Qualität vielleicht schlechter ist“, sagt der Stuttgarter Mediziner.

Der Arzt sieht bei den Konzernen allerdings auch Unterschiede: „Die einen sparen eher am Personal, die anderen eher am Material.“ Laut einer Analyse der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC aus dem Jahr 2020 geben private Kliniken für beides anteilig weniger Geld aus als öffentliche Krankenhäuser. In der Auswertung heißt es, die privaten Kliniken hätten deshalb mehr Geld für Finanzierungen und die Instandhaltung. Ein Teil ihrer Einsparungen gelingt den Unternehmen durch ihre Größe, etwa weil sie große Produktmengen bestellen können. Thomas Strohschneider sagt, die Ärzte würden dann gezwungen, „die Produkte und Implantate zu verwenden, an die man mit langfristigen Lieferverträgen gebunden ist.“

In der Antwort von Helios klingt das deutlich anders: Das Unternehmen teilt mit, Ärztinnen und Ärzte träfen bei der Behandlung immer selbst die Entscheidungen – und zwar „fachgerecht und patientenindividuell“. Sana wiederum schreibt: „Jede Ärztin und jeder Arzt ist selbstverständlich der besten Versorgung der Patientinnen und Patienten verpflichtet.“ Eine hohe medizinische Qualität des genutzten Materials sei Grundvoraussetzung, es sei aber auch eine „gewisse Standardisierung des Portfolios“ notwendig. Der Konzern teilt mit, in den Kliniken seien deshalb „nicht immer alle Produkte verfügbar.“

Ditib stärker unter Beobachtung

Sicherheit Der islamische Verband wird vom Innenministerium auf seine Haltung gegenüber Israel überprüft.

Stuttgart. Baden-Württembergs Innenministerium beobachtet mit „erhöhter Aufmerksamkeit“, wie sich der islamische Verband Ditib im aktuellen Nahostkonflikt verhält. Grund sei die enge Anbindung des Verbandes an das türkische Präsidium für religiöse Angelegenheiten (Diyanet), teilte Innenminister Thomas Strobl (CDU) in einer Antwort auf eine Anfrage der Landtags-AfD mit.

„Eine deutliche antiisraelische wie auch antijüdische Position ist zwar nicht in den Verlautbarungen von Ditib, aber in denen von Diynet erkennbar“, heißt es im Schreiben Strobls. Zugleich weist der Minister darauf, dass hochrangige Ditib-Vertreter an Solidaritätskundgebungen für Israel – etwa am 9. Oktober 2023 in Stuttgart – teilgenommen hätten.

Kritisch sieht das Ministerium Äußerungen von Vertretern der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“. Deren Generalvorsitzender Kemal Ergün und der Generalsekretär Ali Mete hätten sich zu dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 relativierend geäußert. Auch bei der „Deutschen Muslimischen Gemeinschaft“ sei bislang keine Verurteilung des Hamas-Angriffs erkennbar, schreibt Strobl. *dpa*

Strobl reimt

Fasnacht Innenminister nimmt vor Vereinen Gendersprache aufs Korn.

Stuttgart. Die geschlechtergerechte Sprache hat Landesinnenminister Thomas Strobl beim Empfang für die Karnevals- und Faschnachtsvereine am Dienstag in Stuttgart zum Thema gemacht. „Sternchen, Doppelpunkte und Binnen-I, kurz gesagt: Das brauch ich nie“, reimte der CDU-Politiker nach Angaben eines Sprechers vor Hunderten Karnevalisten.

In der Landesregierung hatte es in der Vergangenheit Diskussionen um ein Genderverbot für Landesbehörden gegeben. Daraufhin stellte das Kabinett klar, dass die Landesverwaltung im förmlichen Schriftverkehr das amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung einhalte.

Strobl vertrat bei dem Empfang im Neuen Schloss Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). Der Regierungschef war als Privatmann bei einer anderen Veranstaltung. Strobl feierte in Stuttgart mit den Delegierten des Landesverbandes Württembergischer Karnevalvereine, der Vereinigung Badisch-Pfälzischer Karnevalvereine und des Narrenrings Main-Neckar. *dpa*

ZAHL DES TAGES

37

Prozent mehr Bienenvölker haben die organisierten Imkerinnen und Imker in Baden-Württemberg 2023 gehabt als 2013. Die Völkerzahl ist von 156 405 auf 213 667 gestiegen, heißt es in einer Antwort des Stuttgarter Landwirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der CDU im Landtag. Die Zahl der organisierten Imker sei in der Zeit um 60 Prozent gewachsen. *dpa*

Sprayer Hakenkreuze an Marktfassade

Ditzingen. Zwei Hakenkreuze haben unbekannte Täter auf die Wand eines Drogeriemarktes in Ditzingen (Landkreis Ludwigsburg) gesprüht. Ein Zeuge will laut Polizei beobachtet haben, wie zwei Jungen die Fassade des Marktes im Ortsteil Hirschländen mit Hakenkreuzen, und Verkehrszeichen besprühten. Der Mann verständigte die Polizei, die Sprayer flüchteten jedoch vor dem Eintreffen der Beamten. Der Sachschaden wurde mit rund 2000 Euro beziffert. *dpa*



Heidenheim hebt Schutzzone auf

Die nach einem Vogelgrippe-Fall im bayerischen Landkreis Dillingen an der Donau eingerichtete erweiterte Überwachungszone im benachbarten Kreis Heidenheim in Baden-Württemberg ist aufgehoben worden. Das teilte das Landratsamt in Heidenheim mit. Damit seien sowohl die Überwachungszone als auch die darin festgelegten Maßnahmen, insbesondere die Aufstallungspflicht für sämtliche Vögel, nicht mehr erforderlich. *dpa/Symbolfoto: Patrick Pleul/dpa*

Gewalt Schüsse vor Club: Drei Verletzte

Mannheim. Durch Schüsse vor einem Mannheimer Nachtclub sind drei Menschen verletzt worden. Eine Frau und zwei Männer kamen in Krankenhäuser, Lebensgefahr bestand nach Polizeiangaben von Dienstag aber nicht. Am Sonntag kurz nach Mitternacht sei auf eine Menschengruppe geschossen worden, die sich im Eingangsbereich des Clubs in der Mannheimer Innenstadt befand, teilte die Polizei mit. Der mutmaßliche Täter flüchtete. *dpa*

Unfall 91-Jährige erliegt Verletzungen

Bietigheim-Bissingen. Wenige Tage nach einem Zusammenstoß mit einem Auto in Bietigheim-Bissingen (Kreis Ludwigsburg) ist eine Seniorin ihren Verletzungen erlegen. Die 91-Jährige starb am Montag in einer Klinik, wie die Polizei am Dienstag mitteilte. Die Frau hatte am Freitag über eine Straße laufen wollen, obwohl die Fußgängerampel nach ersten Ermittlungen Rot zeigte. Auf einer Kreuzung war sie von einem Auto angefahren worden und auf die Fahrbahn gestürzt. *dpa*